

A N F R A G E N an den Bürgermeister

1) Reduktion der städtischen MitarbeiterInnen

GR. **Kolar** stellt folgende Anfrage:

GR. **Kolar**: Geschätzter Herr Bürgermeister! Trotz der großen Vielfalt werde ich mich bemühen, relativ inhaltlich kompetent und rasch das vorzutragen. Es geht um eine mündliche Anfrage. Geschätzte Damen und Herren, Herr Bürgermeister! Über den Wert der Daseinsvorsorge beziehungsweise deren Notwendigkeit, sie im Verantwortungsbereich der öffentlichen Hand zu belassen, wurde in diesem Haus schon zu vielen Anlässen gesprochen. Denn es war in der Vergangenheit nicht immer Usus, dass die Daseinsvorsorge als ein öffentlicher Auftrag anerkannt war.

Doch nicht zuletzt die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise führt einmal mehr vor Augen, dass im Interesse einer funktionierenden Grundversorgung der Bevölkerung die sogenannte Daseinsvorsorge durch die öffentliche Hand jene größtmögliche Versorgungssicherheit gewährleistet, die von den Menschen in unserer Stadt zu Recht erwartet wird. Auch, und das darf ich an dieser Stelle explizit betonen, weil die Leistungen der städtischen Bediensteten auf allen Ebenen von einer hohen Qualität und Leistungsbereitschaft und einer absoluter Verlässlichkeit getragen sind. Wie im Übrigen auch von der Regierungsbank aus immer wieder betont wird.

Als ein kleines Beispiel dafür - und abseits der Daseinsvorsorge - möchte ich nur an den Reinigungsbereich und die schlechten Erfahrungen mit der Privatisierung in Kindergärten und im Bauamtsgebäude erinnern. Beides war relativ bald wieder in den Magistratbereich zurückgeholt worden, weil die Qualität, geschätzte Damen und Herren, nicht den Erwartungen entsprach und keine finanziellen Vorteile durch die Fremdvergabe erreicht wurden. Umso befremdender ist ja, dass jetzt schon wieder eine Fremdvergabe im Reinigungsbereich durchgeführt wird. Und zwar an drei Schulen - also einem ähnlich sensiblen Bereich wie die Kindergärten.

Und diese schleichende Privatisierung im Reinigungssektor nährt natürlich auch die Befürchtung unserer Bediensteten, dass die im schwarzgrünen Papier namens „Graz

neu ordnen“ angepeilte Ausgliederung der Daseinsvorsorge Richtung Stadtwerke, sprich Graz AG, nicht nur eine Gefährdung bestens funktionierender Strukturen darstellt, sondern der Beginn einer Teilprivatisierung werden könnte. Warum bestehen diese Befürchtungen?

Nun, Frau Bürgermeister-Stellvertreterin Lisa Rücker, wurde im Zuge der Präsentation dieses Papiers auch betont, dass man zwar von Massenkündigungen absehe, man sich von dieser Umstrukturierung die Einsparung von rund 700 Dienstposten erwarte - bei einer Gesamtzahl von 7000 im Unternehmen Graz, und hier sind auch logischerweise alle, die in der Verwaltung beschäftigt sind, mitgezählt, wäre dies Zehn-Prozent-Personalreduktion laut unserer Bürgermeister-Stellvertreterin Rücker machbar.

Die Botschaft, geschätzte Damen und Herren, hören wir wohl, allein es fehlt der Glaube, was die Machbarkeit betrifft. Denn im Magistrat wurde nicht zuletzt im Zuge der Aufgabenkritik, und das bitte ich auch mit einer besonderen Aufmerksamkeit zu beachten, und des Projektes F.A.I.R., die ja einen Schwerpunkt des Budgetkonsolidierungsweges dargestellt haben in der vergangenen Periode, und wir sprechen hier von 30 Millionen Euro, die da vom Bereich der Dienstnehmer gespart werden, also der Dienstpostenplan konsequent überarbeitet und alle Möglichkeiten der Umstrukturierung letztendlich wahrgenommen und auch, und ich nenne nur ein Stichwort, strukturbedingte Pensionierungen durchgeführt. Und ich wage schlichtweg zu bezweifeln, dass das Leistungsangebot und alle die in der Stadt letztendlich unterwegs sind, im gegenwärtigen Ausmaß aufrecht zu erhalten, wird mit diesem Potential von zehn Prozent Einsparung absolut nicht möglich sein. Denn wie wir in jüngster Zeit etwa auch im Jugendamt, aber auch im Sozialamt gesehen haben, ist die Personaldecke bereits derart ausgedünnt, dass Aufgaben nur noch unter größten Schwierigkeiten erfüllt werden können. Denken Sie bitte an den Hilferuf, der öffentlich erschallte von Stadtrat Detlev Eisel-Eiselsberg, der über eine dramatische Unterbesetzung etwa der Sozialarbeit im Jugendamt geklagt hatte.

Dasselbe gilt im Übrigen auch für die Graz AG, die in den vergangenen Jahren von einer Reihe von Betriebsberatern sehr genau unter die Lupe genommen wurde und dabei keine Personalüberbestände festgestellt wurden. Infora, Trigon, Ramsauer-

Stürmer und Price-Waterhouse-Cooper haben die Stadtwerke durchleuchtet und dem Unternehmen auch eine hervorragende Kosten-Nutzen-Struktur bescheinigt: Die Graz AG ist unter Österreichs Top-40-Unternehmen an dritter Stelle und wie eben gesagt, es hat auch hier von unserer Seite her, der Gewerkschaft, dementsprechende schweren Herzens zugestimmte Kollektivvertragsänderungen gegeben. Wenn man weiß, dass ein Großteil der MitarbeiterInnen im weiten Feld der Daseinsvorsorge tätig ist und diese Bediensteten alles andere als unterbeschäftigt sind, kann man sich nur wundern, wie insgesamt rund 700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingespart werden sollen.

Mit Magistrat und Graz AG reden wir also über zwei Bereiche, die weit über die Grenzen der Stadt hinaus für ihre schlanken, effizienten Strukturen bekannt sind, die andernorts als Vorbilder gelten. Da wird es nicht möglich sein, zehn Prozent an Personal über die viel zitierten Synergieeffekte einzusparen: Es sei denn, jemand ist der Meinung, es reicht beispielsweise ein Fahrer für zwei Müllautos oder wir trennen die Kanalarbeiter zur Hälfte und schicken die eine Hälfte dorthin und die andere in den nächsten Bereich. Deshalb, geschätzte Damen und Herren, kommt es auch nicht von ungefähr, dass die von Kollegin Rucker genannte Zahl von 700 einzusparenden Dienstposten zur Sorge Anlass gibt,...

Zwischenruf Bgm.-Stvin. Rucker unverständlich.

GR. **Kolar:** Das hast du auch gesagt, ok. Wir waren ja auch mit dabei, auch vor allem im Bereich dieser Daseinsvorsorge. Wir befürchten, im Klartext, dass die Ausgliederung nur Wegbereiter für eine (Teil)Privatisierung, etwa durch Hereinnahme von strategischen Partnern, sein könnte, um dieses von Frau Bürgermeister-Stellvertreterin angesprochene Ziel des Abbaus von 700 Beschäftigten im Unternehmen Graz zu erreichen.

Wobei ich mir eine Bemerkung erlaube: Wenn in Zeiten steigender Arbeitslosigkeit als Primärziel der Politik der Abbau von Arbeitsplätzen genannt wird, frage ich mich schon, wo die soziale Verantwortung bleibt. Denn hinter jedem Arbeitsplatz, wie wir wissen, steckt ein Schicksal - das Schicksal eines Menschen, der vergebens einen Arbeitsplatz sucht, das Schicksal seiner Kinder, seiner Familie. Politik, geschätzte Damen und Herren, auf den Abbau von Arbeitsplätzen zu reduzieren, heißt, sich auf die Ebene neoliberalen Managements zu begeben.

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e ,

ob du bereit bist, dem Gemeinderat darüber Auskunft zu geben, auf welchen Berechnungen die angepeilte Reduktion um 700 Arbeitsplätze im Unternehmen Graz beruht und welche Arbeitsplätze in welchen Bereichen durch das schwarzgrüne Projekt „Graz neu ordnen“ konkret abgebaut werden sollen? (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Bgm. Mag. **Nagl**: Lieber Willi Kolar, geschätzter Herr Gemeinderat! Wie du weißt, schätze ich dich auch deswegen so sehr, weil du uns sehr oft auch einen Vorschlag lieferst, wie etwas funktioniert und ich dich selten in der Rolle kenne, wie du sie jetzt gerade hier oder wie du dieses Stück jetzt vorgetragen hast, dass du nicht daran glaubst, dass Veränderungen möglich sind. Ich gehe sehr stark davon aus, dass sie nicht nur möglich sind, sondern dass sie vor allem auch notwendig sind, und die ÖVP und die grüne Fraktion haben sich wirklich vorgenommen, dieses Haus Graz neu zu ordnen, weil wir ähnlich, wie in den 60er Jahren, damals war es auch stark geprägt von sozialdemokratischen Verantwortungsträgern, längst wieder einmal der Dienstleistungsbereich überprüft gehört und geschaut, ob der nicht auch eher in Beteiligungen und in Firmen möglich ist. Wir gehen nicht davon aus, dass wir da sagen, die können das besser als wir, aber wir wollen vor allem auch Synergien nutzen. Die Frau Vizebürgermeisterin hat die Zahl 700 nicht gesagt, auch ich habe sie nicht gesagt, aber man kann bei 7000 Mitarbeitern durchaus gleich nachrechnen,

und das hat der Journalist dann auch richtigerweise gemacht, er hat mich in der Pressekonferenz, wo du anwesend warst, bin ich ja gefragt worden, mit wie vielen Personen kann man da rechnen? Und ich habe zur Antwort gegeben, dass ich auch in Anlehnung an die letzte Periode mir vorgenommen habe, zwischen fünf und zehn Prozent der Mitarbeiterkosten einzusparen. Dass das aber sehr schwer ist, überhaupt auszudrücken und eine Zahl festzulegen, hat folgende Gründe. Wenn ich in der letzten Periode von 4000 Mitarbeitern das Ziel hatte, dass wir in der Stadt Graz um 400 MitarbeiterInnen weniger haben und zur Halbzeit in etwa 250 Damen und Herren auch wirklich eingespart hatten auch gemeinsam auch mit allen Abteilungen, dann kam eine landesgesetzliche Regelung im Kinderbereich und wir haben 237 Leute wieder aufgenommen. Das heißt, wir gehen einmal prinzipiell davon aus, dass hier noch Potentiale liegen und dass wir den Weg, den wir auch bisher gelebt haben, nämlich zu sagen, wenn es Abgänge gibt, wenn uns jemand verlässt, wenn jemand in Pension geht, dass wir quasi einen sanften Weg der Reduzierung gehen. Das wollen wir auch weiterhin tun und wenn man da 10 % anpeilt, und jetzt kommen auch noch Synergieeffekte IT-Bereich 60 Personen in etwa, bei der Graz AG über 50 Personen, bei uns, wahrscheinlich auch noch bei vielen anderen Firmen, Menschen, die da zuständig sind, dann wird man durch Zusammenlegung von manchen Bereichen auch noch Einsparungen zusätzlich ermöglichen. Wenn man dieses Ziel vor Augen hat, dann hat der Journalist hochgerechnet und hat gesagt, zehn Prozent von 7000 Leuten sind 700, und so kam diese Zahl letztendlich auch in die Zeitung. Ich sage dir ganz bewusst, ich möchte einen sparsamen Weg weitergehen, ich habe aber auch unseren Personalvertretern immer eines gesagt und auch unseren Abteilungsvorständen, ich bin immer davon ausgegangen, dass wir auch von Seiten der Politik klar sagen müssen, welche Aufgaben wir überhaupt noch erfüllen wollen. Wenn es mehr Aufgaben werden, wenn auch durch den grauen Finanzausgleich und durch neue gesetzliche Regelungen uns zusätzlich Arbeiten übertragen werden, dann wird es selbstverständlich niemals zu dieser Reduktion kommen können. Aber wir setzen uns halt einmal ein grobes Ziel, wir haben es gemeinsam, glaube ich, auch sehr kooperativ und sozial verträglich auch in den letzten Jahren gelebt. Den Weg möchten wir fortsetzen, wir wissen aber alle, dass wir Strukturen verändern müssen, weil das prozentuelle Streichen wird uns nicht mehr zu Budgetergebnissen führen können, wie wir sie brauchen und sozial ist im Übrigen auch nur der, der rechtzeitig darauf achtet, dass alle Sozialleistungen auch in den nächsten Jahren

ausbezahlt werden können und deswegen müssen wir uns eigentlich auch bewegen und das trauen wir uns zu (*Applaus ÖVP*).

2) Bezirksbudgets – jährliche Anpassung an den aktuellen Bevölkerungsstand

GR. Mag. **Haßler** stellt folgende Anfrage:

Mag. **Haßler**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Seit der Umstellung der Berechnungsbasis von der Volkszählung auf das zentrale Melderegister gibt es für die Stadt mehr Geld aus dem Finanzausgleich. Rund 16 Millionen Euro mehr landen seit dem Vorjahr dadurch in der Stadtkasse.

„Einen Stock tiefer“, auf Bezirksebene, merkt man von diesem Geldsegen leider bisher noch sehr, sehr wenig, da für die Bezirksbudgets immer noch die Volkszählung 2001 als Basis herangezogen wird. Gegenüber den Bezirken ist das Rathaus eher knauserig, kann man so sagen. Pro Einwohner/Einwohnerin bekommt jeder Stadtbezirk 60 Cent jährlich für sein Bezirksbudget. Beispiel Straßgang: Der Bezirk, wo ich zehn Jahre Bezirksvorsteher war und jetzt als Gemeinderat auch zuständig bin, schaut das so aus, dass 12.212 Einwohner/Einwohnerinnen für das Bezirksbudget momentan als relevante Zahl herangezogen werden, das ergibt ein Budget von 7.327,20 Euro pro Jahr. Aber: Die dieser Summe zugrunde liegende EinwohnerInnenzahl stammt noch von der Volkszählung 2001 – aktuell hat Straßgang 13.351 EinwohnerInnen, also mehr als 1.100 Einwohner/Einwohnerinnen mehr (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*). Würde nach Adam Riese 8.010,60 Euro als Bezirksbudget ausmachen. Der Finanzstadtrat hat zwar das Geld auf Grund der aktuelle EinwohnerInnenzahl in sein Budget bekommen aus dem Finanzausgleich, diese Mehreinnahmen werden aber derzeit noch nicht weitergegeben. Für Straßgang bedeutet das, dass für die BewohnerInnen eigentlich 683,40 Euro mehr fürs das Bezirksbudget vorhanden sein könnte. Ich habe nachgerechnet, von der Inneren Stadt bis Puntigam gibt es derzeit keinen einzigen Stadtbezirk, in dem gegenüber der Bevölkerungszahl 2001 keine Steigerung

vorhanden wäre. Das „Körpergeld“, wenn man das so nennen kann, das derzeit bei der Stadt verbleibt, das meiner Meinung nach eigentlich den Bezirken zustehen würde, macht für das Jahr 2009 immerhin 17.188,80 Euro. Klingt relativ wenig, wenn man die Summen kennt, die im Bereich der Stadt bewegt werden, aber wenn man bedenkt, mit welchen geringen Mitteln man auf Bezirksebene auskommen muss, ist es für die Bezirksvorstellungen, die mit stetig wachsenden Ansuchen konfrontiert sind für Bezirksprojekte usw. sehr, sehr viel und ich kann es auch aus der eigenen Erfahrung sagen, die Bezirke sind vielfach auch für Aufgaben zuständig, die eigentlich selbstverständlich wären, fängt an bei zeitgemäßer Ausstattung teilweise für Schulen und geht bis hin zu Kindergärten, Spielgeräte nicht mehr zeitgemäß sind, diese Spielgeräte nicht mehr bekommen und teilweise aus den Bezirksbudgets diese Geräte dann angeschafft werden müssen und geht hin bis zu Projekten an Schulen, in Straßgang kann ich sagen im vergangenen Jahr, ein Gewaltpräventionsprojekt, das um Unterstützung angesucht hat mit relativ geringen Mitteln, wo der Elternverein sehr engagiert dabei ist, und ein paar hundert Euro schon eine große Unterstützung für diese Initiativen sind. Uns geht es um Gerechtigkeit gegenüber den Bezirken, um ein Zeichen für die ohnehin nicht gerade besonders forcierte Bezirksdemokratie. Denn auf der einen Seite wird das Prestigeprojekt „Zeit für Graz“ mit Geld „überhäuft“, andererseits bekommen die Bezirke nicht einmal das, was ihnen derzeit zustehen würde.

Daher stelle ich namens der SPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, die

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, dafür Sorge zu tragen (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*), dass spätestens ab dem Jahre 2010 die Bezirksbudgets auf Basis der jeweils aktuellen Bevölkerungszahl laut zentralem Melderegister dotiert werden (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine geschätzten Damen und Herren, ich darf Sie auch wieder bitten, den Geräuschpegel im Saal ein bisschen zu reduzieren, wir tun uns alle schwer, auch hier vorne, den Ausführungen der Kolleginnen und Kollegen folgen zu können. Sehr geehrter Herr Gemeinderat! Ich bin zu 100 % bei Ihnen, dass unsere Bezirksverantwortlichen auch von Seiten der Stadt das Signal bekommen sollen, dass wir ihre Arbeit schätzen und dass wir sie unterstützen. Wir haben bei den Budgetverhandlungen beschlossen, dass wir mit Ausnahme des Sozialbereiches die Eckwerte quasi einfrieren, und auch im Jugendbereich waren die Ausnahmen, also Jugend und Soziales gibt es Erhöhungen, ansonsten wurde der Eckwert eingefroren. Auch mit Rücksprache mit dem Herrn Finanzreferenten darf ich Ihnen klar sagen, dass von Seiten der Stadt, sprich auch vom Finanzreferenten und mir beabsichtigt ist, die von Ihnen zitierten 17.188,80 den Bezirken zukommen zu lassen, dass durch diese Zahlen klar erkennbar ist, dass wir auch alle miteinander mehr Arbeit haben und dass mehr Wünsche an uns herangetragen werden. Die Botschaft lautet ganz klar, alle Bezirksvorsteherinnen und Bezirksvorsteher und Bezirksräte werden diesmal die erhöhten Summen kriegen, das wären wahrscheinlich nach Ihren Berechnungen, ich bin dann gespannt, ob das genau stimmt, aber rund 17.000 bis 20.000 Euro mehr, weil wir einmal beschlossen haben, 60 Cent pro Einwohner, und das soll auch halten.

Mag. **Haßler**: Dann danke ich jedenfalls für diese positive Antwort, aber wenn Sie schon angeschnitten haben, wie sehr Sie die Arbeit der Bezirke und der Bezirkspolitikerinnen und -politiker schätzen, vielleicht noch eine kleine Anmerkung von mir, wenn das so ist, und das glaube ich Ihnen, dann wäre es auch wünschenswert, wenn andere Diskussionen, die die Bezirke intensiv betreffen, nämlich Bezirksämterdiskussion beispielsweise, wenn die nicht auch bevorzugt in kleinen Kreisen oder über die Medien abgeführt werden, sondern wenn man sich dann auch mit den betroffenen Bezirkspolitikerinnen und -politikern dieser Diskussion stellt, ich glaube, Sie werden es wissen, in vielen Bezirken hat es auch schon Beschlüsse mehrstimmig oder einstimmig gegeben zur Erhaltung dieser Bezirksämter und wenn man diese Diskussion ehrlich und offen führen will, dann soll man das tun, und am Ende des Tages wird man sehen, was dabei herauskommt.

Aber ich glaube, so wie es momentan generell, wir werden heute noch bei anderen Punkten die Gelegenheit haben, über die Kultur zu sprechen, generell wie die Kultur gegenüber Bezirken, auch gegenüber dem Gemeinderat generell ist, orte ich da einen starken Verbesserungsbedarf. Es sollte nicht zuviel hinter verschlossenen Türen abgeführt werden und mehr eine gemeinsame Diskussion stattfinden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, auch da gleich die Antwort drauf. Selbstverständlich bin ich sehr dafür, zuerst einmal auch hinter verschlossenen Türen drüber nachzudenken, wo man selbst hin will. Ich weiß es mittlerweile, es werden jetzt auch Informationskreise dann erweitert werden, so wie Sie sich das auch wünschen. Aus meiner Sicht müssen wir auch drüber reden, wie die Servicequalität der Bezirksämter zur Zeit aussieht, welche Lösungen gefunden werden können und dann bei derzeit drei Servicestellen, die wir schon haben, haben wir noch zusätzlich 12 weitere Bezirksämter, wir werden sie nicht alle in der Form ausstatten können, dass das auch für den Magistrat ein schönes Bild ergibt. Die Diskussion werden wir führen, ich glaube, wir werden zu einer zufriedenstellenden Lösung kommen, so hoffe ich es zumindest, und was mir auch noch ganz wichtig ist, es muss gleichzeitig einhergehen eine Reform für die Bezirksratsitzungen und auch eine Verbesserung, deswegen brauchen wir auch die Reform in der Kommunikation zwischen den Stadtverantwortlichen und den Bezirksverantwortlichen, auch was den Verwaltungsapparat dazwischen anbelangt. Da haben sich unsere Bezirksverantwortlichen schnellere und deutlichere Antworten auch verdient, und auch an diesem Paket arbeiten wir und ich bin mir sicher, dass wir beide Bereiche zeitgleich dann hier auch beschließen werden, soll noch vor dem Sommer heuer über die Bühne gehen. Wir haben ja für die Ausstattung der Servicestellen ungefähr 380.000 Euro im Budget, das heißt, wir können auch was verändern.

Mag. **Haßler**: Dem letzten Punkt, Stärkung der Bezirksdemokratie, kann ich nur aus eigener Erfahrung zustimmen, dass man zuerst einmal nachdenkt, ist legitim und

sicher auch notwendig. Meine Bitte wäre nur, wenn man mit dem Nachdenken zu Ende ist und zum eigenen Ergebnis kommt, das Ergebnis nicht gleich den Medien mitteilen, dass man dann eh schon vom Endergebnis informiert ist, weil dann nachher eine Diskussion zu führen, ist für mich witzlos. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich habe noch nichts kommuniziert, aber ich weiß, was Sie meinen. Ich kriege ja auch viel ausgerichtet, was sicher nicht gehen wird, ganz so einfach ist dann diese Frage nicht und wir arbeiten ja erst seit zehn Jahren dran und ich hoffe, dass wir es heuer auch schaffen.

3) Gas-Bonus

GRin. Mag.^a **Bauer** stellt folgende Anfrage:

Mag.^a **Bauer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Ich fasse mich kurz. Es gibt einen Gas-Bonus, auch die Stadt Graz hat sich dazu durchgerungen, die Gaspreiserhöhung abzufedern. In diesem Zusammenhang tun sich mehrere Fragen auf, nämlich wie der Gas-Bonus und wann bei den Haushalten ankommt, denn anders als bei den Stromversorgern kennt der Gasversorger seine Kunden nicht direkt und sehr oft indirekt, es sind Hausverwaltungen zwischengeschaltet beziehungsweise wie kommt es direkt zu den Konsumenten?

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, ich darf daher an Sie die

A n f r a g e

stellen, wann erhalten wie die KonsumentInnen die Gutschrift zum Gas-Bonus?
(*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzte Frau Gemeinderätin! Sie wissen, ich habe den Grazerinnen und Grazern versprochen, dass eine so exorbitante Erhöhung im Gasbereich nicht auf die Bürgerinnen und Bürger durchschlagen wird und ich habe mich in den letzten Wochen und Monaten sehr darum bemüht, eine gemeinsame Lösung mit dem Landeshauptmann von Steiermark zu finden. Es gab genügend Debatten hier im Haus, es gab die Debatten ganz besonders stark im Landtag und ich habe mich auch betreffend den Gas-Bonus mit dem Herrn Landeshauptmann sowohl telefonisch in Verbindung gesetzt als auch ein Vier-Augen-Gespräch mit ihm geführt, weil mir sehr daran gelegen war, dass die Grazerinnen und Grazer in den schwierigen Zeiten nicht solche Steigerungen abgekommen, das sind ja, wenn Sie es auf den Gesamtpreis rechnen, ungefähr 17 %, die da in unterschiedlichen Stufen möglich gewesen wären. Wir haben eine Lösung gefunden, der Herr Landeshauptmann hat immer gesagt, er hat einen Topf, der ihm übriggeblieben ist, aus dem Strombonus-Bereich und er ist bereit, aus diesem Strombonus-Topf jetzt auch bei den ESTAG-Kunden die Summen, die hier als...

Zwischenruf GRin. Mag.^a Bauer: Das ist nicht die Frage.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich erzähle es Ihnen nur. Es ist dann die Frage, weil dann werden Sie gleich wissen, wie es geht. Aber es ist ein wichtiger Punkt, weil da sind einige Fragen offen geblieben, zumindest jetzt von Landesseite. Wir von Stadtseite haben es erledigt.

Zwischenruf GRin. Mag.^a Bauer: Ich glaube, von Kundenseite.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ja, die Konsumentenseite ist immer klar, ich habe versprochen, es soll das Gas für die Bürgerinnen und Bürger nicht teuer werden und schon gar nicht

in diesem Ausmaß, wie das hier jetzt auch von der Gesellschaft angedacht war und das wird es jetzt auch nicht. Und das ist das Wesentliche und dann bleibt man glaubwürdig in der Politik, wenn das umgesetzt wird (*Applaus ÖVP*). Der Landeshauptmann hat gesagt, ich habe einen Strombonus-Topf und ich möchte das Geld nur an die ESTAG-Kunden zurückgeben. Nachdem die ESTAG 50 % an unserer Energie Graz besitzt, ist er auch bereit, aus diesem Topf 50 % dazuzuschießen, das heißt, die anderen Beträge oder der andere Betrag muss von Seiten der Stadt kommen. Er hat mich damals auch gefragt, was wird uns das kosten, ich habe die Energie Graz, die Verantwortlichen gefragt und sie haben gesagt, zwischen 400.000 und 500.000 Euro für jede Gebietskörperschaft. Leider hat man bei den Berechnungen in der Geschwindigkeit darauf vergessen, dass es Anschlüsse gibt, die dahinter mehr Verbraucherinnen und Verbraucher haben, sprich Wohnanlagen, und es hat sich dieser Betrag dann im Laufe der Zeit auf 1,1 Millionen Euro erhöht. Ich habe versucht, den Herrn Landeshauptmann umzustimmen, ihn gebeten, er möge gleich den ganzen Betrag hier verwenden und alles zahlen, er hat mir dann gesagt, nein, er hat auch den Bürgermeisterinnen von anderen Städten und Gemeinden, die zum Beispiel andere Gasversorgungsunternehmen haben oder auch mit der Kelag zusammen sind, natürlich diesen Gas-Bonus nicht ausbezahlt und das wird er auch nicht tun und er bleibt dabei, 50 % aus diesem Topf. Wir haben dann lange beraten, wie wir es angehen sollen, weil wir wollen zumindest von Seiten der Stadt Graz nicht so etwas wie einen unlauteren Wettbewerb starten. Unlauterer Wettbewerb nämlich dann, wenn man sagt, ich nimm aus dem Budget ein Geld und gebe es einem Unternehmen, das würde ja unsere Unternehmen der Gefahr aussetzen, dass sie unter Umständen auch eine Wettbewerbsklage bekommen. Der Landeshauptmann wird es jetzt, soweit ich gehört habe, aus dem Budget nehmen, weil dieser Strom-Topf nicht da sein soll, weil mich der Landesrat Christian Buchmann angerufen hat, dass der Kollege Flecker bei ihm war und gesagt hat, er braucht jetzt noch einmal 1,1 Million Euro aus dem Budget. Wie dem auch sei, wir haben uns in der Graz AG zusammengesetzt und die Graz AG als Mutter, als 51%-Mutter, wenn ich so sagen darf, der Energie Graz hat beschlossen, für die Kundinnen und Kunden so etwas wie einen Kundenbindungsprogramm zu machen und diesen Betrag seitens der Graz AG zu übernehmen. Das heißt jetzt ganz konkret, neben den drei Bonifizierungssystemen, die in der ersten Aussendung an die Bürgerinnen und Bürger, also an die Kunden schon ergangen sind, wird jetzt bei der Abrechnung noch

einmal klart dieser Bonus abgezogen werden. Vorauszahlungen wurden, soweit ich es weiß, ja nicht erhöht, das heißt, dass dieser Betrag den Kunden gar nicht vorgeschrieben wird und damit haben wir Wort gehalten (*Applaus ÖVP*). Jetzt bei einer Abrechnung, ich glaube, die Briefe sind schon unterwegs, ist das klar, von Seiten der Stadt ist alles erledigt.

GRin. Mag.^a **Bauer**: Ich glaube, ich muss jetzt nachhaken, es ist nämlich das Problem, dass die Gasversorger nicht alle ihre Kunden kennen. Beispielsweise ein Mehrfamilienhaus, das vermietet wird, und hier sind beispielsweise zwei Familien drinnen. Beide bleiben jeweils unter der Grenze für den Gas-Bonus, zusammen überschreiten sie diese Grenze. Wie kommen Personen, die in solchen Haushalten leben, ich habe mehrere in der Anfrage angeführt, zu dem Gas-Bonus, der ist den Versorgern nicht bekannt. Wie melden sich diese Personen oder auch, wenn es insbesondere gemischte Objekte gibt, schwierige und komplizierter wird es noch, wenn ein Gewerbeobjekt dabei ist, wie schaut es dann aus, wie kommen diese Haushalte zu dem Gas-Bonus (*Applaus SPÖ*)?

Bgm. Mag. **Nagl**: Erstens ist von Seiten der Unternehmungen vorgesorgt worden, dass bei der Ausschreibung alles möglichst so erklärt wird, dass jeder auch weiß, was er zu tun hat. Zweitens wird bei manchen Fällen eine Problematik auftreten, die dann im Einzelfall auch geklärt gehört. Drittens wurde mit den Genossenschaften ja Kontakt aufgenommen, weil da sind die meisten Bezieher, dass wir hier klar zu einem Verrechnungssystem kommen. Sie wissen, dass es auch etwas wie einen Wettbewerb im Landtag gegeben hat, bis zu welchem Verbrauch, bis zu welcher Menge man das refundiert bekommen soll. Zuerst waren es Bezieher bis 15.000 kW, dann waren es bis 20.000 und zuletzt wurde auch von Seiten des Landes, glaube ich zumindest, vom Landtag beschlossen, dass es bis 30.000 kW gehen soll. Ich habe jetzt nicht genau im Kopf, wie das jetzt auch abgewickelt wird, aber ich bin sicher, dass unser Unternehmen Energie Graz allen Bürgerinnen und Bürgern es so unmissverständlich erklärt, dass sie in den Genuss des Bonus kommen werden und

das man auch sehr bemüht ist, dass es nicht zu kompliziert wird. Es war auch noch einmal daran gedacht, jetzt auch noch eine weitere soziale Staffelung zu machen, davon sind wir aber abgekommen, weil sonst kennt sich bald überhaupt niemand mehr aus. Wichtig ist, dass es in den Bereichen nicht vorgeschrieben wird, und ich bin mir sicher, dass der Herr Dr. Steiner und der Herr Dr. Heigl die Arbeit wieder so gut erledigen werden, dass es da zu keinen großen Aufregungen kommen wird. Es sollen alle fair behandelt werden (*Applaus ÖVP*).

GRin. Mag.^a **Bauer**: Zusammenfassend ist es Einzelfall, wir leben aber auch in einer liberalisierten Welt, was ist mit den Konsumentinnen und Konsumenten, die von einem anderen Gasversorger Gas beziehen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Noch einmal, die Regelung, die der Herr Landeshauptmann getroffen hat, ist eine, die ich mitgetragen habe und ich gehe davon aus, dass Sie auch damit einverstanden sind, was der Herr Landeshauptmann hier vorschlägt. Im Übrigen möchte ich Ihnen auch noch sagen zum liberalisierten Markt, ich kenne im Moment niemanden in der Stadt Graz, der sein Gas, ich weiß nicht, ob sie jemanden kennen, der sein Gas woanders herbekommt und quasi unsere Leitungssysteme nutzt. Ich weiß niemanden, der in Graz nicht das Gas der ESTAG oder der Stadt Graz bekommt oder der Energie Graz, ist mir nicht gekannt, dann wäre es natürlich auch schön und verständlich, weil genau den Punkt habe ich angesprochen, die Graz AG sieht das als Kundenbindungsprogramm und deswegen haben wir das, glaube ich, ganz gut gelöst (*Applaus ÖVP*).

4) Park-&-Ride-Parkplatz Webling

GR. **Eichberger** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eichberger:** Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! In meiner Anfrage geht es um den Park-&-Ride-Parkplatz Webling. Die Frau Vizebürgermeisterin, wie gerufen, erscheint bei ihrem Park&Ride-Parkplatz, ist leider kein erfreuliches Thema. Seit dem Jahr 2002, jetzt schreiben wir 2009, also immerhin sieben Jahre ist es her, dass von amtlicher Seite, von behördlicher Seite festgestellt wurde, dass der Park-&-Ride-Parkplatz Webling in einem katastrophalen Zustand war und ist, genau das wollte ich zum Ausdruck bringen. Es fehlt, und das ist, wenn man sich diesen Parkplatz anschaut, der ja erfreulicherweise hervorragend angenommen wird, der fast tagtäglich ausgelastet ist, nicht nur, dass sehr viele Pendlerinnen und Pendler, die aus den Umland-Gemeinden kommen, hier diesen Parkplatz nutzen, sondern auch viele Grazerinnen und Grazer, die Fahrgemeinschaften bilden, oder so wie jetzt vergangene Woche hier einen Schitag unternommen haben, wird dieser Park-&-Ride-Parkplatz ganz, ganz stark auch von Grazerinnen und Grazern genutzt, die dort ihr Auto abstellen und dann mit dem Bus weiterfahren. Nur wenn man sich diesen Park-&-Ride-Parkplatz anschaut, dann muss man leider feststellen, dass es ein Schandfleck schlechthin für die Stadt ist. Abgesehen davon, dass er in einem sehr verwahrlosten, verschmutzten Zustand sich präsentiert, das wäre noch nicht die Tragik, da könnte man einmal mit einer Reinigungsaktion den in einen Top-Zustand bringen, ist es aber leider so, dass auch sämtliche Infrastrukturmaßnahmen für einen wirklich herzeigbaren und gut funktionierenden Park-&-Ride-Platz fehlen. Ich denke hier an Unterstände, heißt im Klartext, bei Niederschlägen sind die Benützer dieses Park&Ride-Parkplatzes gezwungen, hier im Regen zu stehen, es gibt kein Fließwasser, es gibt keine Sitzmöglichkeit, es gibt keine vernünftigen WC-Anlagen, es gibt keine Beleuchtung, das heißt, im Großen und Ganzen es gibt dort wirklich nur die Möglichkeit, das Auto abzustellen, es gibt zwar ein Buffet, aber das ist es dann schon. So erfreulich es auf der einen Seite ist, dass wir wirklich, und dazu bekennen wir uns auch (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*), Millionen von Euro in neue Investitionen von Park-&-Ride-Parkplätzen investiert haben und auch in Zukunft noch investieren werden, ist es aber wirklich nicht zu verstehen, dass vorhandene gut florierende Park-&-Ride-Parkplätze sich in einem so einen Zustand befinden und wirklich alles andere als ein Aushängeschild der Stadt Graz darstellen.

Und ich weiß nicht, ob du, sehr geehrter Herr Bürgermeister, dich erinnern wirst können, ich habe vor rund zwei Jahren bereits an dich eine ähnlich gelagerte Anfrage gerichtet, also im Jahr 2007 genauer gesagt im Februar, und habe mich damals riesig gefreut, dass ich dann eine Antwort bekommen habe, nur die Antwort war wenig befriedigend. In dieser Antwort, und ich darf hier daraus zitieren, die Antwort stammt, wie gesagt, aus dem Jahr 2007, hast du mir damals mitgeteilt, nach deinen Recherchen in den zuständigen Ämtern, dass der Neugestaltungsentwurf bereits im Jahr 2004 im Rahmen der örtlichen Begehung und im Rahmen einer StVO-Verhandlung die Zustimmung gefunden hat, also immerhin bereits, und wenn man sich das überlegt, im Jahr 2002 wurde das Problem erkannt, bereits im Jahr 2004 entsprechende Planungen, Straßenverkehrsverhandlungen und das Tolle daran ist, dass bereits im Jahr 2004 hier festgehalten wurde schriftlich, nicht nur dass die Umgestaltung hier breite Zustimmung findet, sondern es wurde auch festgehalten, dass die Umsetzung ehebaldigst erfolgen soll. Jetzt kann man sich vorstellen, und wir wissen, dass nicht alles hier in diesem Hause und bei den Ämtern so rasch passiert, aber wenn man sich vorstellt, dass im Jahr 2004 bereits festgehalten wurde, dass es ehebaldigst umgesetzt wird und wir jetzt März 2009 haben, also fünf Jahre später, und es ist nichts passiert, dann hoffe ich auf breites Verständnis, wenn ich jetzt den Herrn Bürgermeister seitens unserer Fraktion frage, ob er vielleicht bereit wäre, hier was diese Neugestaltung, Adaptierung, den Umbau, das Face-Lifting und die benutzerfreundliche Ausstattung (*Bürgermeister Mag. Nagl läutet mit der Ordnungsglocke*) dieses Park-&-Ride-Parkplatzes hier einfach in der Form zu unterstützen, dass er hier vielleicht etwas auf das Tempo drücken könnte, nicht er, sondern zumindest bei den zuständigen Ämtern, es sind ja mehrere involviert, es sind die Wirtschaftsbetriebe, es sind sicherlich das Straßenamt, es ist unter Umständen das Kanalbauamt und, und, und, deshalb auch die

A n f r a g e

an dich, sehr geehrter Her Bürgermeister, ob du bereit bist, auf die zuständigen Abteilungen einzuwirken, dass dieser Park-&-Ride-Parkplatz, wenn es nicht immerhin von sieben Jahren gelungen ist, hier etwas zu machen, aber doch, ob du dich dafür verwenden könntest und einsetzen können, dass ich vielleicht nicht auch, sofern ich

auch dem nächsten Gemeinderat angehöre, auch wieder zum dritten Mal, in der dritten Periode, hier diese Anfrage stellen muss. Danke (*Applaus SPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Gemeinderat, ich hoffe stark, dass du auch der nächsten Gemeinderatsperiode dem Gemeinderat angehören wirst, ich schätze dich deswegen so, weil du auch immer im Stadtgebiet mit offenen Augen unterwegs bist und mich auch wieder daran erinnerst, was wir schon einmal beauftragt haben, wieder einzufordern. Wie du weißt, haben wir das Ressortprinzip und ich werde die Anfrage jetzt nicht intensiver beantworten und zwar werde ich wieder schauen, dass sie geschäftsordnungsgemäß erledigt ist, weil dann erfahren wieder alle Abteilungen davon, dass wir das noch nicht erledigt haben.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

5) ECE, Auflassung von Traungauergasse und Niesenbergergasse vom öffentlichen Gut

GRin. **Binder** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Binder**: Kurz und prägnant. Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das ECE begleitet uns seit 2006, Stadtentwicklungskonzept musste verändert werden, Flächenwidmungsplan musste verändert werden, Bebauungsplan ist beschlossen worden und dann gab es einen zivilrechtlichen Vertrag zwischen der Stadt Graz und dem ECE. Meine Fragen teile ich in drei Teilfragen ein an den sehr geschätzten Herrn Bürgermeister, und zwar geht es um die Traungauergasse und die Niesenbergergasse, um die Auflassung und die Übertragung in öffentliches Gut. Warum schneide ich das jetzt an, durch ein

privates Unternehmen gestattet sowie der Tausch von Grundstücken fixiert. Herr Stadtrat Rüschi hat in der Beantwortung der Frage von der Kollegin Krampfl gesagt, es wird ja keine politischen Entscheidungen mehr geben. Das stimmt nicht, wir haben gewisse politische Entscheidungen noch vor uns, die nämlich verabsäumt wurden, und nun komme ich zur Traungauergasse und Niesenbergergasse. Im Vertrag zwischen der Stadt Graz und dem ECE Europa Bau- und Projektmanagement GmbH wurde die Verbauung der Traungauergasse und der Niesenbergergasse durch ein privates Unternehmen gestattet sowie der Tausch von Grundstücken fixiert.

Dazu bedarf es jedoch der Auflassung der Traungauergasse und der Niesenbergergasse vom öffentlichen Gut in freies Gemeindevermögen.

Ein entsprechendes Gemeinderatsstück, mit dem der Wechsel von öffentlichem Gut in privates Gemeindevermögen beschlossen worden wäre, gibt es meines Wissens jedoch nicht und muss es natürlich geben.

Daher meine erste Frage: Welche rechtlichen Konsequenzen hat dies für die Gültigkeit des Vertrages? Denn eigenartig finde ich das schon, dass es einen zivilrechtlichen Vertrag gibt, wo für alle klar und auch alles, was wir bis jetzt über ECE wissen, klar ist, dass ECE über die Traungauergasse und über die Niesenbergergasse gebaut wird und dazu nie ein politischer Beschluss hier im Gemeinderat gefällt wurde, weil nie ein Stück vorbereitet wurde.

Nun stellt der Stadtrechnungshof-Bericht zu ECE fest, dass durch den Tausch zwischen Stadt Graz und ECE betreffend Traungauergasse und Niesenbergergasse die Stadt Graz im Nachteil ist:

Der Wertausgleich aufgrund wechselseitiger Übertragungen von benötigten Grundstücksflächen im Zuge der Projektrealisierung beträgt, so steht es im Stadtrechnungshofbericht, rund 700.000,- Euro zugunsten von ECE.

Gemäß § 78 Statut der Stadt Graz ist, Zitat, „das Vermögen der Stadt Graz in seinem Gesamtwert ungeschmälert zu erhalten“ und darf daher durch einen Tausch nicht geschmälert werden.

Daher meine Frage 2: Wie ist der ECE-Vertrag mit dem Statut der Stadt Graz vereinbar?

Gemäß § 8 Abs. 3 Steiermärkisches Landesstraßenverwaltungsgesetz erfolgt die Auflassung einer Gemeindestraße durch Verordnung der Gemeinde. Durch die

Auflassung darf das Recht der AnwohnerInnen auf Wahrung des Zuganges nicht beeinträchtigt werden (§ 8 Abs 5). Eine Auflösung ist insbesondere dann gesetzwidrig, wenn als Alternative nur ein für öffentlich erklärter Privatweg zur Verfügung steht.

Daher meine dritte Frage: Wie ist der ECE-Vertrag mit dem Steiermärkischen Landesstraßenverwaltungsgesetz vereinbar?

Also, es sprechen demnach mehrere Punkte gegen den zwischen der Stadt Graz und dem ECE geschlossenen Vertrag.

Letzte Frage: Welche Auswirkungen haben diese Punkte auf den Vertrag der Stadt mit ECE und wie werden Sie als verantwortungsvoller Bürgermeister nun damit umgehen?

Bgm. Mag. **Nagl**: Die Anfragen, die Sie stellen, sind ja nicht ganz einfach zu beantworten, aber ich werde es nach meinem derzeitigen Wissensstand versuchen. Zur Frage Nummer 1. Es stimmt, dass ein Gemeinderatsstück zur Auflassung noch folgen muss. Es liegt im Kompetenzbereich des Straßenamtes. Da dies bereits im Vertrag angeführt wurde und der Gemeinderat seinerzeit diesen Vertrag beschlossen hat, ist auch davon auszugehen, dass auch der Gemeinderat dieser Auflassung zustimmen wird. Sofern der Gemeinderat einen solchen Beschluss nicht fassen will, so wäre dies ein Vertragsbruch aller Voraussicht nach in diesem Punkt und müsste seitens der ECE privatrechtlich eingeklagt werden. Jedenfalls hat der Vertrag aus meiner Sicht dennoch seine Gültigkeit. Zur Frage zwei zum Statut. Wir haben im Vertrag eine Pauschalabgeltung in Höhe von neun Millionen Euro, damit ist alles abgegolten und stellt sich damit aus meiner Sicht nicht die Frage, ob es eine Verletzung unseres Statutes gibt. Die Frage drei: Mit dem Steiermärkischen Landesstraßenverwaltungsgesetz ist es vereinbar, nach Auskunft der Baudirektion, die mir vorliegt, werden Straßenzüge nur zum Teil aufgelassen. Aus den Eigentumsverhältnissen der Anwohner ist ersichtlich, dass zukünftig auch alle Anwohner über das öffentliche Gut erreichbar sind. Es gibt nachzeitigem Stand somit keine Verletzung des Landesstraßenverwaltungsgesetzes. Die vierte Frage:

Welche Auswirkungen haben diese Punkte auf den Vertrag der Stadt mit ECE und wie werde ich damit umgehen und wie werde ich vorgehen. Aus meiner Sicht gibt es aus den obigen Fragen und auch den derzeitigen Antworten keine Auswirkungen auf den Vertrag zwischen der Stadt Graz und der ECE und ich nehme an, dass nach Vorliegen der Umweltverträglichkeitsprüfungen alle übrigen Verfahren auch fortgesetzt werden und wir dann auch all diese Beschlüsse beziehungsweise wird vieles im Verwaltungsbereich erledigt werden und dass auch dieser Beschluss hier zustande kommt.

GRin. **Binder**: Herr Bürgermeister, die Frage des ECE ist wirklich eine sehr heikle. Das wissen wir seit gut drei Jahren. Warum haben immer mehr Menschen das Gefühl, dass hier nicht mit offenen Karten gespielt wird? Diese Frage würde ich mir dringend stellen. Wir werden dieser Sache mit der Traungauergasse und der Niesenberggasse, die werden wir weiter verfolgen, wir werden sie juristisch abklären lassen...

Zwischenruf unverständlich.

GRin. **Binder**: Hallo, das ist ja wohl selbstverständlich, dass man das macht, wenn man glaubt, dass etwas nicht so läuft, wie es laufen sollte und es wäre sogar eine grobe Fahrlässigkeit, würden wir das nicht tun.

Bgm. Mag. **Nagl**: Selbstverständlich, es hat jeder das Recht und es werden ja auch viele tun und es gibt ja auch schon Menschen, die hier in eine ganz gezielte Richtung auch informieren. Ich bitte nur trotzdem alle Gemeinderatsmitglieder und auch alle Stadtsenatsmitglieder von Zeit zu Zeit in der Annenstraße und in der Keplerstraße

und dem Bahnhofsbereich sich umzusehen, jeden Tag auch zu sehen, was wir dort auch in Summe für einen Niedergang in den letzten Jahren hatten und ich glaube nach wie vor, dass es hier eine Chance gibt, wir werden sehen, ob ECE das in dieser Form verwirklichen kann. Ich bin dafür, dass alles immer geprüft wird und seine Richtigkeit hat, habe jetzt versucht, Ihre Fragen zu beantworten. Aus meiner Sicht im ersten Punkt klar, wir müssen da noch einmal beschließen, aber es war Bestandteil eines Vertrages, also es muss dann auch so sein, dass wir das dann beschließen, aber es ist das Recht von jedem hier, seine rechtlichen Überprüfungen einzuholen.

GRin. **Binder:** Das mit der Annenstraße, Jakoministraße, was immer Sie anschneiden an Straßen, die sozusagen eine Negativentwicklung aufzeigen, ja, ein Einkaufszentrum kann ein Motor sein, das haben wir eigentlich nie wirklich bestritten. Das deutsche Institut für Urbanistik hat eine Wirkungsanalyse gemacht, eine breit angelegte Wirkungsanalyse, wie Innenstadteinkaufszentren sich auswirken auf die Stadt auf verschiedenen Ebenen. Und da sind ein paar Punkte, ein paar Thesen ausgearbeitet worden, die zu berücksichtigen notwendig wären, damit ein Einkaufszentrum in einer Stadt auch wirklich einen positiven Effekt hat. Und nach all diesen Thesen, die man auch nachlesen kann, die gibt es, die brauche ich da überhaupt nicht vortragen, nach all diesen Thesen wird das Einkaufszentrum ECE-Stadtgalerie wahrscheinlich, mit hoher Wahrscheinlichkeit, diesen positiven Effekt nicht bringen, weil eine wichtige These ist, die zu berücksichtigen ist, wie groß soll ein Einkaufszentrum sein in einer Stadt, damit sie sich positiv auswirkt und da gibt es Richtlinien, ab 200.000 Einwohner nicht mehr als 15.000 m². Unser Einkaufszentrum, das kommen soll, wo ich immer noch hoffe, dass man hier etwas verändern kann, hat wesentlich mehr, hat mehr als das Doppelte mehr. Weiters ist zum Beispiel festgehalten, es ist wesentlich, wenn wir über ein Einkaufszentrum oder wenn eine Stadt ein Einkaufszentrum errichten lässt, über die Vor- und Nachteile durchaus einen offenen Dialog zu führen, das ist hier nicht passiert. Es sind nur Vorteile gepriesen worden, über die Nachteile da ist man also wirklich nahezu beschimpft worden, wenn man Nachteile, kritische Punkte aufgewiesen hat und was hier in dieser Stadt leider, und das ist nicht jetzt in dieser Periode, sondern viele, viele Jahre nicht geschehen, nämlich so etwas zu machen, wie wollen wir, dass unsere Stadt in

20 Jahren funktioniert und aussieht und das ist wohl eine Kernfrage von Stadtentwicklung, die nicht gestellt wurde. Ich habe den Eindruck, es wird da etwas gemacht und da etwas gemacht, es passt einfach nicht zusammen, weil es keine Vision unserer Stadt gibt, auch das habe ich schon einmal eingeklagt und eingefordert. Ich denke, das Thema, sehr geehrter Herr Bürgermeister, ist nicht abgeschlossen und wird uns in seiner Kontroversialität auch noch weiterhin beschäftigen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Da bin ich mir ganz, ganz sicher.

GRin. **Binder**: BürgerInnenbefragung ist selbstverständlich rechtens, die wird durchgeführt werden, nicht von uns, aber die ist auch richtig am Platz.

Bgm. Mag. **Nagl**: Selbstverständlich, wir haben ja auch heute nur eine Antwort gegeben, ob wir der Meinung sind, dass eine solche Befragung in einem Bauverfahren dann auch wirklich noch was bringt.

6) Baumschutzverordnung und Friedhöfe

GR. **Eber** stellt folgende Anfrage:

GR. **Eber**: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Wie Sie gesagt haben, es geht um die Baumschutzverordnung und ich meine, gerade in einer Stadt wie Graz, die sehr von der Feinstaubproblematik betroffen ist, ist es notwendig, dass diese Stadt grüne

Lungen, grüne Oasen auch hat. Dazu zählen jetzt nicht nur Grün- und Parkanlagen und Heimgärten, sondern meines Erachtens eben auch Friedhöfe.

Der Schutz von Bäumen auch in Friedhöfen, auch wenn sie kirchlich beispielsweise geführt werden, ist daher eine notwendige Angelegenheit, die auch Aufgabe der Stadt ist.

In der Grazer Baumschutzverordnung allerdings sind Friedhöfe explizit von den Schutzbestimmungen ausgenommen.

Daher ist es möglich, dass - beispielsweise am St.-Peter-Friedhof - Bäume gefällt wurden beziehungsweise gefällt werden sollen, die nach Meinung von Experten weder erkrankt noch von Borkenkäfern befallen sind. Konkret handelt es sich dort unter anderem um eine Fichte mit einem Umfang von 2,6 Metern und eine Eiche mit einem Umfang von drei Metern.

Daher richte ich an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, sich dafür einzusetzen, dass auch Bäume in Friedhöfen künftig von der Baumschutzverordnung der Stadt Graz erfasst werden? (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Geschätzter Herr Gemeinderat! Ich denke mir, dass jene Persönlichkeiten, die die Ausnahme gemacht haben, auch mit Friedhofsbetreibern gesprochen haben werden und einige Gründe bekommen haben werden, warum auch das Fällen von Bäumen auf Friedhöfen notwendig ist. Ich denke nur daran, dass Bäume in dieser Dimension, die einmal als kleines Pflänzlein vielleicht auf einem Grab oder zwischen Gräbern gepflanzt worden sind, im Laufe von Jahren erhebliche Schäden anrichten an Nachbargräbern und dergleichen und dass man dann eine solche Sonderbestimmung braucht, um da vorgehen zu können. Ich halte es aber für sehr wichtig, weil auch ich öfter mit Grabpflege auf Friedhöfen bin und weiß, welche Oasen das auch im Stadtgebiet sind, dass wir hier das Gespräch mit Friedhofsbetreibern suchen, dass nicht sinnloserweise ein Baum gefällt wird. Ich glaube, das ist Thema, aber ich glaube, man muss auch durchaus aufpassen, weil

Sie wissen, alle solche mächtigen Bäume entwickeln Wurzeln und vieles mehr und ich glaube, da geht es dann auch um Rechtsansprüche, die dann Grabinhaber auch gegenüber der Friedhofsverwaltung haben und auf das sollte man zumindest Rücksicht nehmen.

GR. **Eber**: Danke zunächst für die Beantwortung, also ich glaube, wie Sie sagen, genau das ist natürlich die Intention, dass Bäume nicht sinnlos gefällt werden. Das Baumfällungen da und dort notwendig sind, eben aus Gründen, wie Sie angeführt haben, ist durchaus nachvollziehbar. Ich glaube, man sollte sich dieser Thematik, diese Problematik dennoch noch einmal vielleicht anschauen und schauen, welche Möglichkeiten es für die Stadt gibt, das in die Baumschutzverordnung hineinzunehmen mit bestimmten Ausnahmen vielleicht oder auf andere Art und Weise hier diese Bäume auch auf Friedhöfen eben zu schützen. Danke sehr (*Applaus KPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Bevor wir zur nächsten Anfrage kommen, möchte ich namentlich zwei Personen begrüßen. Politik, wenn man einmal intensiv mitgearbeitet hat, lässt einen nicht los, ich begrüße unsere Kollegin Gemeinderätin außer Dienst Josefine Pendl ganz, ganz herzlich (*allgemeiner Applaus*) und ich begrüße auch herzlich jemanden, der als junger Mensch auch schon für andere spricht und somit politisch tätig ist, ich begrüße unseren Stadtschulsprecher Gernot Thier herzlich hier auf der Galerie (*allgemeiner Applaus*).

7) Integrationsplätze in den städtischen Kindereinrichtungen

GRin. Mag.^a **Taberhofer** stellt folgende Anfrage:

Mag.^a **Taberhofer**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Vor Kurzem wurde ich von einer Frau kontaktiert, die für ihren 3 ½-jährigen Sohn, der zu 55% hörbehindert ist, einen Kindergartenplatz sucht, da sie wieder ihrem Beruf nachgehen möchte. Das setzt jedoch voraus, dass dieses Kind eine spezielle Förderung erhalten muss und entsprechend qualifizierte Kinderpädagoginnen zur Verfügung stehen. Ihr wurde mitgeteilt, dass es im Kindergarten in der Gaswerkstraße 4 Plätze und in der Panoramagasse 2 Plätze geben würde und zur Zeit keine Möglichkeit bestehe, ihn aufzunehmen.

Deshalb stelle ich namens der KPÖ-Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, folgende

A n f r a g e :

Sind sie bereit, die zuständigen Stellen anzuweisen, dem Sachverhalt nachzugehen, Bedarfserhebungen bezüglich erforderlicher Integrationsplätze in den städtischen Kindereinrichtungen zu veranlassen und gegebenenfalls für eine Verbesserung der Situation für Kinder mit besonderen Bedürfnissen zu sorgen? (*Applaus KPÖ*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsgemäßen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Begrüße auch Herrn Gemeinderat außer Dienst Wind, ich habe ihn vergessen. Herzlich Willommen (*allgemeiner Applaus*).

8) Reininghausgründe, Beratungsgremium

GR. **Sippel** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sippel**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister! In der heutigen Gemeinderatssitzung werden wir noch das Stadtentwicklungskonzept Graz-Reininghaus basierend, auch wie es in der Einleitung steht, auf der aktuellen Bevölkerungsprognose zu diskutieren und auch diesen Grundsatzbeschluss eben zu beschließen haben. Die geplanten Maßnahmen stellen natürlich eine große Chance für diese Stadt dar, aber bergen natürlich auch erhebliche Gefahrenpotentiale. Ich habe im Zuge von Informationsveranstaltungen, die immer wieder dankenswerterweise auch von der Asset one abgehalten werden, schon öfter den Wunsch geäußert, ein Gremium einzurichten, wo alle Fraktionen auch die Möglichkeit haben, sich bei dieser Projektentwicklungsgeschichte auch einzubinden.

Tatsächlich werden nämlich die schönsten Informationsveranstaltungen zur Farce, wenn letztendlich nur Maßnahmen präsentiert werden, die ausschließlich hinter verschlossenen Türen beschlossen wurden. Im gegenständlichen Gemeinderatsstück wird darauf verwiesen, dass der Unterausschuss des Gemeindeumweltausschusses anlassbezogen, jedoch periodisch mit dem wesentlichen Projektfortschritt befasst wird. Das ist gut und löblich, aber aus unserer Sicht zu wenig.

Ich stelle an Sie, Herr Bürgermeister, deshalb nachstehende

A n f r a g e :

Sind Sie bereit, ein Gremium zu schaffen, das von allen Grazer Gemeinderatsfraktionen beschickt und in den Planungsprozess rund um das Projekt Graz - Reininghaus /Asset one permanent einbezogen wird?

Bgm. Mag. **Nagl**: Bin ich selbstverständlich bereit, weil es um eines der größten und wichtigsten Themen der Stadt Graz geht.

GR. **Sippel**: Freut mich zu hören.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

9) Hausbesetzungen in Graz – klare Absage

GR. **Sippel** stellt folgende Anfrage:

GR. **Sippel**: Meine zweite Anfrage an Sie betrifft wieder einmal die Hausbesetzungen in Graz, wir haben ja letzte Woche zum xten-Mal eine Hausbesetzung erlebt, wo die Forderung wieder einmal getätigt wurde nach einem autonomen Jugendzentrum. Im letzten Jahr hat es ja schon Gespräche mit Mitgliedern des Grazer Stadtsenates und auch mit Ihnen diesbezüglich gegeben, die leider ergebnislos verlaufen sind.

Leider wird im Zusammenhang auch das Thema oder der Aspekt der Gesetzwidrigkeit, die dieses Vorgehen eindeutig darstellt, auch immer wieder verschwiegen. Wenn man mit den Bürgern spricht und die Medien halten sich da mittlerweile ja in der Berichterstattung ja schon zurück, weil es nichts mehr Neues ist, aber wenn man mit den Bürgern spricht, so ist hier wirklich Unmut im größten Ausmaße festzustellen und keiner hat Verständnis für dieses systematische Vorgehen, wo es auch immer wieder darum geht beziehungsweise wo der Anschein erweckt wird, hier seitens der Stadt Graz ein autonomes Jugendzentrum erpressen zu wollen.

Seitens der verantwortlichen Stadtsenatsreferenten sind bisher allerdings klare Worte zu diesem Thema unterblieben. Es erscheint mir aber höchst an der Zeit, in dieser Angelegenheit deutliche Worte zu finden und den Verantwortlichen dieser Hausbesetzungen und ihren Forderungen von politischer Seite eine klare Absage zu erteilen.

Und ich richte deswegen an Sie die

A n f r a g e :

Sind Sie endlich bereit, in Ihrer Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Graz zum Thema Hausbesetzungen eine klare Position, wie auch immer, in einer Pressekonferenz oder im persönlichen Gespräch einzunehmen, und im Zuge dessen darzulegen, dass sich die Stadt Graz mit gesetzeswidrigen Methoden nicht erpressen lässt? (*Applaus FPÖ*).

Bgm. Mag. **Nagl**: Herr Klubobmann, Herr Gemeinderat! Jetzt kann ich mich sogar erinnern, dass ich dazu hier im Gemeinderatssaal auch in Ihrer Anwesenheit schon mehrfach dazu Stellung bezogen habe und zwar eindeutig und klar. Und deswegen verstehe ich das Wort „endlich“ in Ihrer Anfrage jetzt nicht, weil ich als Bürgermeister es nicht zulassen werde, dass Eigentum in der Form von Dritten besetzt wird, dass ich nicht bereit bin, mich auch in irgendeiner Form erpressen zu lassen, schon gar nicht, wenn Menschen nicht bereit sind, ihren Namen zu nennen, verummumt auftreten etc. Es gibt bei uns in der Stadt Graz die Möglichkeit, mit jedem von uns ein Gespräch zu führen, wenn jemand Wünsche hat, kann er sich an uns wenden. Es gibt die Notwendigkeit sich auch in der Reihe, in der Schlange, wenn ich so sagen darf, anzustellen, wenn man Projekte haben will, wenn es gute sind, kann man jederzeit drüber reden, aber es kommt von mir eine ganz, ganz klare Absage in Richtung Hausbesetzungen in Graz, und Sie werden es ja auch jedes Mal erlebt haben, dass sobald der Eigentümer seine Rechte eingefordert hat, selbstverständlich die Bundesorgane, sprich: die Polizei, die Räumung dann durchgeführt hat. Es ist mittlerweile ja schon jetzt alle paar Wochen soweit und das wird vielleicht so bleiben, man kann es versuchen, aber man wird seine Ziele so sicherlich nicht erreichen, aber das ist, glaube ich, jetzt noch nochmals eine ganz klare Absage (*Applaus ÖVP*).

GR. **Sippel**: Danke, ich hoffe, dass das jetzt auch endlich bei den Hausbesetzern ankommt und dass sie erkennen, dass ihre Forderungen und ihre Maßnahmen und ihre Aktionen da eigentlich sinnlos sind. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich hatte einmal schon Gelegenheit, ein paar Hausbesetzerinnen und Hausbesetzer kennenzulernen auf der Straße damals bei einer Hausbesetzung. Das war allerdings nicht möglich, da wahrscheinlich auch von meiner Seite etwas anderes zu erreichen als das, worum ich sie gebeten habe, nämlich um geordneten Rückzug, das möglichst niemand verletzt wird und es zu keinen Ausschreitungen kommt.

Bgm. Mag. **Nagl**: Meine Damen und Herren, wir haben noch fast 50 Themen heute zu besprechen. Es ist jetzt fast 18.00 Uhr, ich glaube, dass ich heute von etwas Gebrauch machen muss, was wir zumindest, seitdem ich da in der Politik bin, nie Gebrauch gemacht haben, nämlich, dass wir heute irgendwann am späteren Abend die Gemeinderatssitzung unterbrechen werden und innerhalb von 24 Stunden, sprich morgen um acht Uhr oder um 12 Uhr, fortsetzen werden, weil sonst werden wir da nicht fertig werden, auch nicht mit unseren Stücken und es ist ja nicht zumutbar, dass man bis drei oder vier in der Früh arbeitet. Es hat einen Vorschlag gegeben vom Herrn Gemeinderat Grosz, ob wir unter Umständen bei den vielen Anfragen, Anträgen und auch bei den dringlichen Anträgen, wenn sich die Klubvorsitzenden darauf einigen würden, auch nur mehr zum Antragstext kommen und nicht mehr den ganzen Motivenbericht verlesen, weil allein der wird vom Verlesen her schon eineinhalb bis zwei Stunden dauern, das könnten wir zumindest einsparen. Ich bitte die Klubvorsitzenden, einen solchen Vorschlag noch einmal zu beraten, sonst müssten wir morgen, eine Uhrzeit, die wir noch ausmachen müssten, dann die Gemeinderatssitzung fortsetzen. In der Zwischenzeit darf ich Gemeinderat Hötzl ersuchen, seine Anfrage zu stellen.

10) Unterstützung von Lehrlingen

GR. **Hötzl** stellt folgende Anfrage:

GR. **Hötzl**: Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage richtet sich an Sie in Bezug auf die Unterstützung von Lehrlingen

angesichts der jetzigen Wirtschaftskrise. Von den aktuellen Folgen der Wirtschafts- und Finanzkrise ist leider auch die heimische Jugend besonders betroffen. Die aktuellen Zahlen betreffend die Jugendarbeitslosigkeit in der Steiermark lassen in Hinblick auf die zu erwartende Entwicklung nichts Gutes erahnen.

Als wirksame Gegenstrategie ist nach wie vor eine gute und solide Ausbildung zu betrachten. Dazu müssen aber einerseits entsprechende Lehr- und Ausbildungsstellen vorhanden sein und andererseits auch die notwendigen Qualität (*Der Bürgermeister läutet mit der Ordnungsglocke*) sichernden Maßnahmen eingeleitet werden.

Ich stelle daher namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister, nachstehende

A n f r a g e :

Welche Maßnahmen wurden bisher speziell angesichts der herrschenden Finanz- und Wirtschaftskrise seitens der Stadt Graz in Verbindung mit dem Land Steiermark gesetzt, um im Großraum Graz Lehr- und Ausbildungsstellen zu sichern beziehungsweise solche überhaupt neu zu schaffen, welche Maßnahmen sind in Planung und wie werden Sie sich als Bürgermeister der Stadt Graz in diesen Prozess einbringen?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

11) Kindergartenplätze

GRin. **Benedik** stellt folgende Anfrage:

GRin. **Benedik**: Werte Kolleginnen, werte Kollegen, sehr geehrter Herr Bürgermeister! Meine Anfrage bezieht sich auf die Kindergartenplätze,

beziehungsweise auf die nicht vorhandenen Kindergartenplätze. Als die Steiermark als eines der ersten Bundesländer Österreichs den Gratiskindergarten eingeführt hat, stieß diese Entscheidung auf breite Zustimmung. Allerdings wurde schon zu Beginn von Expertenseite gewarnt, dass die Umsetzung dieser Maßnahme logistisch genau geplant werden müsste. Das heißt nicht logistisch, sondern es wäre eine einfache Milchmädchenrechnung gewesen, Drei- bis Sechsjährige den vorhandenen Kindergartenplätzen und Tagesmüttern gegenüberzustellen, da wäre man draufgekommen, dass diese Plätze eben nicht vorhanden sind. Berufstätige, besonders alleinerziehende Mütter, stehen nach Ablauf ihrer Karenzzeit vor dem Problem, dass während des laufenden Kindergartenjahres nahezu kein Kindergartenplatz zu bekommen ist. Wenn Mütter beispielsweise über das AMS an einen Arbeitsplatz vermittelt werden, so wird ihnen die Möglichkeit angepriesen, sich mit der Kinderdrehscheibe in Verbindung zu setzen, welche kurzfristig für einen Kinderbetreuungsplatz sorgen soll. Leider sieht die Realität aber ganz anders aus. Die gegenständliche Einrichtung ist total überfordert und zumeist auch außer Stande für einen entsprechenden Betreuungsplatz zu sorgen, da weder ausreichend Kindergartenplätze noch Tagesmütter zur Verfügung stehen. Hier fragen sich viele Mütter zu Recht, warum der Gratiskindergarten derart vollmundig angekündigt wurde, wenngleich de facto keine Plätze zu bekommen sind. Wenn die ausreichenden Ressourcen nicht zur Verfügung stehen, hilft es wenig, wenn diese im Falle des Vorhandenseins gratis wären. Es ist daher dringend notwendig, die heimischen Kinderbetreuungsstätten auszubauen und die Ausbildung von Tagesmüttern zu fördern, um in Zukunft Engpässe zu vermeiden. Zusätzlich soll es für berufstätige Mütter einen verbindlichen Rechtsanspruch auf einen Kinderbetreuungsplatz geben. Derartige Maßnahmen bedürfen zu ihrer Umsetzung auch einer entsprechenden politischen Begleitung. Hier kann die Stadt Graz nicht aus der Pflicht genommen werden, wenn es darum geht, entsprechende Forderungen bei Bund und Land durchzusetzen.

Da bisher durch den entsprechenden Stadtsenatsreferenten keine Verbesserung der Lage erzielt werden konnte, vertrete ich nun die Meinung, dass die Dringlichkeit dieser Angelegenheit keinen weiteren Aufschub duldet. Vielmehr erachte ich es als notwendig, dass in gegenständlicher Sache unbürokratisch und unverzüglich seitens der Stadt gehandelt wird. Damit aber dieses Thema nicht als Folge diverser Anträge erst in

verschiedenen Ämtern erörtert werden muss, wende ich mich namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs mit nachfolgender

A n f r a g e

direkt an Sie, sehr geehrter Herr Bürgermeister:

Sind sie bereit, in Ihrer Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Graz beim Land Steiermark wie auch bei den entsprechenden Stellen des Bundes auf den dringenden Handlungsbedarf in gegenständlicher Angelegenheit hinzuweisen und im Zuge dessen entsprechende Maßnahmen bei Bund und Land einzufordern?

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich möchte allen mitteilen, dass die Klubobleute zu folgender Regelung gekommen sind, damit wir beschleunigt den Gemeinderat vielleicht heute noch abwickeln können. Ab dem Tagesordnungspunkt Anträge werden alle Gemeinderätinnen und Gemeinderäte ersucht, den Antragstext zu verlesen, bei den dringlichen Anträgen ebenso, wobei hier auch eine kurze Begründung von allen Gemeinderatsmitgliedern erfolgen sollte. Meine Bitte liegt aber auf kurz und ebenso bei der Begründung, ob dringlich oder nicht dringlich, wenn Wortmeldungen, bitte möglichst kurz halten.

12) Problematik im Schloßbergstollen-Durchgang

GR. **Schröck** stellt folgende Anfrage:

GR. **Schröck**: Um Ihnen auch jetzt schon entgegenzukommen, werde ich auch hier verkürzt den Motivenbericht vortragen. Es geht um die Problematik im Schloßbergstollen-Durchgang, wo ich als direkter Anrainer und häufiger Benutzer feststellen musste, dass der Stollen fast täglich nunmehr von Jugendlichen benutzt wird als geschützter Konsumationsraum von diversen Alkoholika, was auch Spuren hinterlässt in diesem Stollen. Hier werden teilweise Türen sachbeschädigt, hier wird der Stollen missbraucht als Müllablage und es kann unmöglich im Sinne der Stadt sein, einen in jeder Hinsicht wichtigen Weg wie diesen zu einem Treffpunkt für jugendliche Trinker und Randalierer und zu einem Stollen des Abfalls und des Drecks verkommen zu lassen.

Und deswegen stelle ich folgende

A n f r a g e :

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sind Sie sich der Problematik im Schloßbergstollen-Durchgang bewusst und wie planen Sie dagegen vorzugehen? Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um diesem Missstand entgegenzuwirken?

Bgm. Mag. **Nagl**: Ich bin mir dieser Problematik leider bewusst, weil ich des Öfteren auch den Schloßbergstollen bei meinen morgendlichen sportlichen Betätigungen, sprich beim Laufen durch Graz, weil ich in da benütze, es schaut zum Teil nach Veranstaltungen wirklich verheerend aus, gehe davon aber auch aus, dass unsere zuständigen Damen und Herren auch verstärkt reinigen werden, ich werde die Frage also geschäftsordnungsgemäß werde ich sie erledigen, damit auch die Abteilung, die zuständig ist, wieder erreicht wird und dann alle Personen informierten, dass verstärkt gereinigt wird, bin ganz bei Ihnen.

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

13) Auftragsvergaben der Stadt Graz und der Graz AG an das Unternehmen cb.promotion Gesellschaft mbH

GR. **Grosz** stellt folgende Anfrage:

GR. **Grosz**: Sehr geehrter Herr Bürgermeister, hoher Gemeinderat! Im Sinne der Zeiteffizienz verzichte ich zur Untermauerung meiner heutigen Anfrage an Sie auf Worte wie Sodom und Gomorrha und Verliederung der Sitten und ich verzichte auch darauf, den Prüfbericht, der uns vor drei Stunden in die Hände gelangt ist, über die leidige Affäre rund um die zurückgetretene Stadträtin Fluch zu verlesen und ich verzichte auch darauf über Umgang, Gesetz, Ordnung, Transparenz und Offenheit hier lang zu philosophieren. Eingedenk der Tatsache, dass diese Anfrage, die ich heute einbringe, mittlerweile, noch bevor sie eingebracht wurde, Gegenstand einer Klage ist, jawohl, die Firma cb.promotion GmbH hat einen Gemeinderat der Stadt Graz eingeklagt, weil er seinem Prüf- und Kontrollauftrag nachkommt und eingedenk der Tatsache, dass offenbar zur Beantwortung meiner Anfrage der Bürgermeister vom menschlichen Umgang sprechen wird und von einer Zusammenarbeit und von einer noch nie dagewesenen Kampagnisierung und von politischen Zuständen, die die Stadt in ihrer Dimension noch nie kannte und den Bösewichten der Opposition, die in irgendeiner Form versuchen, ihr billiges parteipolitisches Kleingeld zu schlagen, eingedenk dieser Tatsache möchte ich schon etwas sagen. Jawohl, es geht mir im Fall Moral und Umgang von Politikern selbstverständlich und ausschließlich um die Beachtung der Gesetze. Die Gesetze, die Richtlinien dieser Stadt, die transparente und effiziente Verwendung von Steuergeld das ist unsere Moral und das ist unser Anstand und an dem werden wir auch gemessen. In diversen Medienberichten, um es auch zu begründen, wurde der Bürgermeister der Stadt zitiert, dass er von hohen moralischen Ansprüchen spreche, die er an sich und an die Organe der Stadt Graz richte.

Die Ursache für diese Worte, dass man in der Politik nicht so umgehen kann und diese Worte, die danach nach Verzeihung gerufen haben und auch mit Verzeihung argumentiert worden waren, die Bekenntnisse rund um den Vergabeskandal der ehemaligen Stadträtin Eva Maria Fluch beziehungsweise nicht ehemalige Stadträtin, sie ist noch Stadträtin, für die wenigen, die das wissen, sie ist nur derzeit beurlaubt, da offenbar die ÖVP nicht in der Lage ist, eine Nachfolge zu finden. Über die Moral

wird noch zu reden sein, aber das, wo wir uns auch im Grazer Gemeinderat, mit dem wir uns beschäftigen müssen, sind selbstverständlich auch Dinge, die rund um diesen Vergabeskandal sich abspielen, Dinge die manchmal mehr oder weniger Substrat haben, Dinge, die behauptet werden, Vorgänge, die offenbar innerhalb der Stadt Graz schon seit 20 Jahren zum guten Ton gehören, nicht zuletzt dokumentiert durch Fenneberg, Ökoprofit, also de facto ein System, wo man es offenbar mit Moral und Anstand nicht so genau genommen hat, Gesetz, Recht und Ordnung mit dem sogenannten Graubereich vertauscht hat. Und weil ich nicht will, dass das auch in Zukunft so ist, verstehe ich auch meine Arbeit als Gemeinderat, diese Dinge nicht nur aufzudecken, sondern, wenn ich sie aufdecke, dann auch abzustellen. Denn wer etwas aufdeckt und ans Tageslicht bringt, hat ja auch den Auftrag, dass solche Zustände in Zukunft nicht mehr vorkommen. Ein weiterer Bereich ist es selbstverständlich, dass wir uns auch hier als Politik schützen und dass wir auch Gerüchten begegnen. Und eines dieser Gerüchte, die in vielen Postings von Online-Medien, auch auf Postings der Homepage www.grazer.vp.at zu lesen waren, aber dann immer gleich gelöscht worden sind, weil offenbar die Kritik hier ja nicht so erlaubt ist, ist die Geschichte einer Wahlwerbeagentur, die die ÖVP, die Grazer ÖVP, auch die ÖVP Kärnten im letzten Landtagswahlkampf hauptberuflich betreut hat, also vor nicht weniger als eineinhalb Monaten. Wie Brancheninsider berichten, wurde zumindest für den Wahlkampf der ÖVP in Graz die erkleckliche Summe von mehr als zwei Millionen Euro ausgegeben, und im anderen Zusammenhang haben wir auch hier schon im Grazer Gemeinderat oft darüber diskutiert, wie hoch die Parteiförderung in Graz ist. Wir wissen aber, die Parteiförderung, die ich zutiefst ablehne, weil es ein Steuergeldverbrauch und –missbrauch ist, kann gar nie so hoch gewesen sein, dass man sich auch in fünf Jahren die erquickliche Zahl von 2,5 Millionen oder 3,5 Millionen anspart. Und rund um diese Vorgänge, egal ob wahr, ob Substrat oder nicht, rund um diese Vorgänge ranken sich Gerüchte und diesen Gerüchten sollten wir begegnen, indem wir offen und transparent arbeiten, denn es gibt ja dann immer nur zwei Wege, entweder es ist sauber oder es ist schmutzig. Keine Sorge, ich komme heute nicht mit dem Besen, um sauber zu machen. Aber das, was sehr interessant ist, ist, dass es eine Auftragsliste dieser cb.promotion GmbH ist, die bis auf zwei oder drei privatwirtschaftlich geführte Unternehmen auszugsweise, wie folgt, vorsieht: Druckwerke für den Gemeinderatswahlkampf Graz 2008 Kunde: Grazer Volkspartei; Werbemittel 2008 Grazer Volkspartei; Exit-Polls-

Umfrage: Grazer Volkspartei; Kreuzungspromotion "Schönen Urlaub 2007", die Grazer Volkspartei; Kinderbetreuungsbroschüre "Wir schauen drauf", Kunde: die steirische Volkspartei und Grazer Volkspartei; Energiesparbuch, Steirische Volkspartei/die Grazer Volkspartei; Ausrichtung des Stadtparteitages der Grazer Volkspartei, Kunde: Grazer Volkspartei; Grazer Schloßbergfest, Kunde: Grazer Volkspartei; Ostereiersuche, die sich ja vielleicht wie hier heute wiederholen könnte, indem wir wirklich auch faule Eier suchen, Kunde: die Grazer Volkspartei; Dienstalk, Gesprächsrunde des Herrn Rinner, Kunde: steirische Volkspartei, Meinungsumfrage für die Website der ÖVP, Kunde: steirische Volkspartei, soweit so gut. Eine Werbeunternehmung, die privatwirtschaftlich geführt ist, die sich am Markt Parteien auch sucht, und Parteien sind ja nicht gleich per se schmutzig und mit denen kann man ja durchaus auch einmal ein Geschäft machen. Das was aber dann weiter folgt, ist die Vergabeliste oder die Referenzliste und Auftragsliste, die die Stadt Graz an dieselbe Werbeagentur beauftragt hat. Informationsfolder "Parkraumzonen in Graz", Kunde: Stadt Graz, Auftragnehmer cb.promotion; Die bewegte Stadt, Kunde: Stadt Graz – Sportamt; Informationsbroschüre Frauenschnitt, Kunde: Stadt Graz – Amt für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung; Wirtschaftsfolder; Kunde: Stadt Graz – Amt für Wirtschafts- und Tourismusedwicklung; Gründerbox, Kunde: Stadt Graz: Amt für Wirtschaft- und Tourismusedwicklung; Lebensmittelpunkt-Graz Broschüre inklusive Pressekonferenz/PR und Promotion, Kunde: Stadt Graz: Amt für Wirtschaft- und Tourismusedwicklung, soweit die Auftragsvergabe der Stadt Graz und jetzt kommen wir zur Auftragsvergabe der Graz AG, vulgo Grazer Stadtwerke.

Handygebotskampagne, Kunde: Graz AG – Grazer Stadtwerke; Neue CI „Graz AG“ Kunde: Graz AG – Grazer Stadtwerke. Zu diesem Auftrag neue CI darf ich Ihnen etwas sagen, ich habe vor zwei Monaten behauptet in mehreren Tageszeitungen, und ich darf bei dieser Gelegenheit auch die Vertreter der Medien begrüßen, dass hier ein Auftrag vergeben worden ist, der ohne Ausschreibung direkt für die neue CI durch diese Firma eine Vergabe fand. Das heißt, ohne andere Werbeagenturen zu fragen, wurde eine Firma seitens der Stadt Graz AG beauftragt, macht uns unsere neue CI und erinnern Sie sich, auch wenn der eine oder andere nicht über das BZÖ gerne liest, aber damals habe ich gesagt, komisch, für zwei Buchstaben, nämlich die Anfügung von A und G und den Entfall von Grazer Stadtwerke, kostet dieser ganze PR-CI-Auftrag 5.000 Euro, das sind die teuersten Buchstaben, die ich jemals

gesehen habe. Da hat es geheißen, das ist ja kein Problem, das ist unter der Vergabeschnur und da ist nichts passiert und das sind läppische 5.000 Euro und heute kommen wir drauf, dieser Auftrag hat sich über Weihnachten, und zwar tatsächlich über Weinachten wie das Wunder aus Jerusalem auf 60.000 Euro plus 9.000 Euro Mehrwertsteuer vervielfacht. Innerhalb der letzten drei Monate. Wieder an diese Agentur, einige wenige Euro unter der Vergaberichtlinie, wo man ausschreiben müsste und, und, und. Und ich erinnere zumindest die Kontrollausschussmitglieder, wie schwierig es heute für uns war, und der Stadtrechnungshofdirektor, den ich auch begrüße, er ist heute auch hier und auch der Magistratsdirektor, wie schwierig es für uns war, diesen Graubereich der Vergaberichtlinie hier auseinanderzuhalten und welche Empfehlungen auch sie dem Gemeinderat gegeben haben und der Stadtregierung in Zukunft damit gedenken umzugehen, solche Dinge kein zweites Mal zu machen. Und wir kommen drauf, der Auftrag, der schon nur mehr 4.000 Euro hat und schon halb bestritten wurde, wird jetzt bestätigt mit 60.000 Euro plus 9.000 Euro Mehrwertsteuer. Und das ist eigentlich ein Skandal, das erschüttert mich. Denn auch, wenn man schon der Meinung ist, das eine oder andere, und ich spreche jetzt auch nicht von Tricksen, organisieren zu müssen, dann macht man es wenigstens nicht so, dass jeder dahergelaufene Zwergoppositionspolitiker wie ich bereits schon draufkommt, was da los ist. Aber die Auftragsliste geht weiter. Land Steiermark: "Ideen, die gehen" - Wissenschaftskampagne; Direktvergabe Büro Edlinger-Ploder, "Schützenhöfer vs. Schützenhöfer" - Einladung, Gestaltung einer Einladung, Direktorvergabe, Büro Landeshauptmannstellvertreter Schützenhöfer; Volkskulturkampagne, Auftrag Land Steiermark, Ressort Hermann Schützenhöfer; family at work – Schulbeginnfest, Jausenbox Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Fachabteilung 6A Jugend, Frauen, Familie und Generationen; die Abteilungsleiterin kennen wir; Markt- und Meinungsforschung Kunde: Amt der Steiermärkischen Landesregierung; Plakatkampagne, Inseratenkampagne Amt der Amt der Steiermärkischen Landesregierung; Inseratenkampagne; Amt der Steiermärkischen Landesregierung und eine weitere Inseratenkampagne, ohne jetzt näher darauf eingehen zu wollen, Amt der Steiermärkischen Landesregierung; und dann finden sich weitere Auftragslisten: Erstellung eines Leitfadens für Unternehmer mit dem Wirtschaftsstandort Graz, Imagebroschüre WIKI, Frau Klubobfrau, WIKI kennen wir doch, haben wir doch schon öfter diskutiert, wir wissen auch, wer bei WIKI gesessen ist, wer heute in diesem Verein sitzt, wie wohl ich einmal mehr auch

hier vom Pult aus sagen will, der Vereine leistet eine gute Arbeit und meistens können die, die gute Arbeit leisten, für jene, die in den Etagen sitzen, nicht viel dafür. Weitere Auftraggeber WWT und ECCO-Fachtagung, pro Kopf, Fachtagung Wirtschaftskammer Steiermark, City-Maut – Promotion, Wirtschaftskammer Steiermark. Es fanden sich aber noch weitere bemerkenswerte Aufträge, und Sie werden noch staunen, so beauftragte auch die nunmehr ehemalige Stadträtin außer Dienst ins spe oder was auch immer, Eva-Maria Fluch, die genannte Werbeagentur und zwar eher vor kurzem mit der Kampagne Psst – leise, Kunde: Stadt Graz, Direktvergabe, Büro Stadträtin Mag. Eva-Maria Fluch. Ähnlicher Fall, wie wir ihn heute erlebt haben in dieser Geschichte, die zum Fall eines Regierungsmitgliedes geführt haben. Herr Rechnungshofdirektor, Sie werden es mir bestätigen. Und jetzt möchte ich gar nicht darauf eingehen, wer jetzt noch alles auf der Auftragsliste steht, weil Handelsmarketing Graz, Begleitung zur Auswahl eines Geschäftsführers, eine Werbeagentur, die die Ausschreibeverfahren bei der Bestellung eines Geschäftsführers durchführt. Aber gut, es finden sich aber auf der Homepage der Firma cb.promotion folgende gute Sätze und die erklären es auch:

cb.consult betreut die Parteitage, Klubklausuren, Feste und sonstige Veranstaltungen der Grazer Volkspartei. Das bestehende Corporate Design der Grazer Volkspartei wurde weiterentwickelt, um auch nach der Wahl einen starken Auftritt zu signalisieren. Mit Marktforschung und anschließender Analyse in Zusammenarbeit mit dem IFAT-Meinungsforschungsinstitut, das ist jenes Institut, wo Umfragen an viele Zeitungen immer als unabhängige Umfragen verteilt worden sind in der Hoffnung, Persönlichkeiten zu beeinflussen, wurde eine Strategie erstellt und das Wahlprogramm erarbeitet. Zudem übernahm cb.consult während des Wahlkampfes die Pressebetreuung sowie die gesamte Kommunikation nach innen und außen. Promotions, Wahlevents und persönliches Coaching der Kandidatinnen und Kandidaten zählten zu weiteren wesentlichen Aufgaben der Agentur. Nach dem Wahlsieg der Grazer Volkspartei war cb.consult, Frau Kollegin Binder, zuständig, für die grafische Umsetzung von Schwarz-Grün in Graz verantwortlich. Der Geschäftstellenleiter dieser genannten Agentur ist im Übrigen der langjährige Mitarbeiter der steirischen Volkspartei und ÖVP-Bundespartei Peter Puller, der den Auftrag hat, in Wien ähnliche Aufträge offenbar an Land zu ziehen. Jetzt möchte ich eines ganz klar sagen, mir geht es nicht um eine Inquisition jetzt privatwirtschaftlich geführter Unternehmen, Schwarz/Grün ist es eh nicht, ich wollte es euch nur einmal

zur Information mitteilen, dass ihr überhaupt wisst, wo ihr da überall quasi zwangsweise mitfahrt, obwohl ihr überhaupt nichts dafür könnt, das wollte ich nur einmal so zur Info und zur Kenntnis bringen. Jetzt geht es ja nicht um eine Inquisition, es geht ja nicht erfolgreiche Werbeunternehmer, von denen wir viele in Graz haben, zu diskreditieren. Es geht ja nicht darum, eine Branche in den Dreck zu ziehen, nein, es geht darum, dass allein bei dieser Aufzählung und sie sei nicht weiter parteipolitisch kommentiert und unter Aussparung der üblichen Schimpfwörter, der Zusammenhang, der sich dann ergibt, wenn auch durch die öffentliche Hand Aufträge durch eine offenbar zu 90 % Aufträge nur aus einer Partei lukrierenden Firma bekommt, wenn diese Zusammenhänge gemacht werden und die sind da, die liegen am Tisch, es volkstümlich gesagt, keinen schlanken Fuß macht. Da rede ich noch gar nicht, was noch kommen wird, da spreche ich nicht davon, ob man es genauer überprüft, ob man die Vergaben kontrolliert, ob man unabhängige Stellen hier einschaltet, nein, mir geht es darum, hier auch Schaden abzuwenden, Informationen zu bekommen über eine Geschichte, die allein, wenn man sie sich durchliest in der Geschichte der politisch Verantwortlichen in Graz aus meiner Sicht schlichtweg nicht sauber ist.

Und aus diesem Grund stelle ich an den Bürgermeister der Stadt Graz zur Aufklärung folgende

A n f r a g e :

1. Wer beauftragte nachstehende Vergaben an die Firma „cb promotion GmbH? Informationsfolder "Parkzonen in Graz"; Personalauswahl Handelsmarketing Graz ; Die bewegte Stadt; Informationsbroschüre Frauenschnitt; Wirtschaftsfolder; Gründerbox; Lebensmittelpunkt-Graz Broschüre inklusive Pressekonferenzen /PR und Promotion
2. Wurde über die unter Frage 1 genannten Vergaben beziehungsweise Aufträge der Stadt Graz jeweils eine Ausschreibung durchgeführt?
 - a) Wenn ja, mit welchem konkreten Inhalt?
 - b) Wie war die Zusammensetzung der Ausschreibekommission?
 - c) Wie lautete jeweils der exakte Ausschreibungstext?
 - d) Welche andere Bieter wurden für diese Aufträge jeweilig eingeladen?

-
- e) Wurden der Vergabeausschuss der Stadt Graz involviert? Wenn ja, wann und in welcher Angelegenheit und gab es darüber eine Beschlussfassung?
3. Wie hoch waren die für die Stadt Graz zu tragenden Gesamtkosten für die unter Frage 1 genannten Vergaben beziehungsweise Aufträge?
4. Wie hoch waren die für die Stadt Graz jeweilig - geordnet nach Auftrag beziehungsweise Vergabe - zu tragenden Kosten der in der Frage 1 genannten Aufträge bzw. Vergaben?
5. Entspricht die Vorgangsweise bei der Auftragsvergabe der unter Frage 1 genannten Vergaben und Aufträgen den einschlägigen Vorschriften der Stadt Graz?
6. Gibt es außer den unter der Frage 1 genannten Aufträge beziehungsweise Vergaben, und das ist die springende Frage, weitere Aufträge beziehungsweise Vergaben seitens der Stadt Graz an die Firma „cb-promotion GmbH“?
- a) Wenn ja, welche?
- b) In welcher jeweiligen Kostenhöhe?
- c) Aufgrund welcher Ausschreibung?
7. Hat die „cb promotion GmbH“ Aufträge und Vergaben seitens der Graz AG (vormals Grazer Stadtwerke AG) erhalten?
- a) Wenn ja, wann, zu welchem Zweck und wie hoch ist die jeweilige Auftragssumme?
- b) Wie hoch ist die Endabrechnung sämtlicher von der Graz AG an die Firma „cb promotion GmbH“ vergebenen Aufträge und Vergaben?
8. Wurden die unter Frage 7 genannten Aufträge ordentlich ausgeschrieben?
9. Hat der Aufsichtsrat über die Vergaben der Graz AG an die Firma „cb.promotion GmbH“ Kenntnis erlangt?
- a) Wenn ja, welche Aufsichtsratsmitglieder und wann?

Und ich denke, dass Sie auch diese Fragen beantworten können, denn immerhin war ja vor einer Stunde auch der Vorstand der Graz AG Malik etwas hektisch bei Ihnen, wahrscheinlich ohnedies zu diesem Inhalt und habt ja eh ein Informationsgespräch ein umfassendes zu dieser Thematik abgewickelt und daher harre ich der Dinge und der Informationen, damit wir in dem Fall auch ordnungsgemäß als Kontrollorgan weitergehen können. Danke.

Bgm. Mag. **Nagl**: Danke vielmals. Auf Grund der Wortmeldungen im Vorfeld bin ich heute froh darüber, dass hier aufgezeigt worden ist, dass es kaum eine Agentur gibt, die so transparent auch alles bis auf die Homepage an Aufträgen herzeigt, die vielen Fragen, die da drinnen gestellt werden, kann man natürlich hier nicht beantworten, sondern werden geschäftsordnungsgemäß erledigt (*Applaus ÖVP*).

Der Bürgermeister erklärt, die Anfrage wird der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

GR. **Herper** zur Geschäftsordnung: Herr Bürgermeister, werte Kolleginnen und Kollegen! Es ist sicher ein ernster Moment, weil das, was jetzt der Kollege Grosz vorgetragen hat, ist ja starker Tobak an Behauptungen, an Mutmaßungen, an Erklärungen, an öffentlicher Darstellung. Ich habe nicht alles mitbekommen können auf Grund der Schnelligkeit und der Dringlichkeit, mit der du das vorgelesen hast, Mutmaßungen, die da reichen von Parteienfinanzierung indirekter, direkter mit Vergaben der Stadt, der öffentlichen Hand, Richtung Parteien, parteinahen Institutionen und Organisationen, mir ist das alles ein bisschen ein Kuddelmuddel, ich kann das sowieso auf der Stelle nicht nachprüfen, ich bin als Kontrollorgan, als ein Teil des 56-köpfigen Kontrollorganes sicher überfordert, du hast es auch im Schutze der Immunität vorgetragen, vieles an Erklärungen und Darstellungen, es ist öffentlich, indem du es in diesem Raum vorgetragen hast. Ich verteidige niemanden, es geht mir nur um den Schutz der Stadt Graz, es geht mir nur um Erklärungen gegenüber

Einrichtungen der Stadt, Ämtern der Stadt, Einrichtungen der Stadt, hier vom Gemeinderat und ihren entsendeten Vertreterinnen und Vertretern kontrollierten Einrichtungen, den kommunalen Einrichtungen. Also ich sehe mich veranlasst auf Grund dieser, nämlich dieser Darstellung, Herr Bürgermeister, sehe ich mich veranlasst, wir werden von der sozialdemokratischen Fraktion auf jeden Fall eine Prüfung des Stadtrechnungshofes einschalten, weil mir ist das einfach nicht ganz geheuer. Ich habe ein ungutes Gefühl, was da erklärt wird, dargestellt wird, nicht an der Tatsache und am Inhalt, ich sage das nur zur Geschäftsordnung, weil mir einfach als Mitglied des Gemeinderates mir das einfach nicht ganz geheuer ist und ich kündige an, dass wir den Stadtrechnungshof einschalten werden.

Bgm. Mag. **Nagl**: Es ist mir durchaus recht, ich habe auf all das, was hier auch verbal, in welcher Form auch immer vorgetragen wurde und im Vorfeld war, nicht Stellung bezogen, weil ich da vieles nicht gut heißen kann, wenn die Wortwahl in der Politik so ausfällt, wie sie da in letzter Zeit ausgefallen ist. Trifft es Privatpersonen, es trifft Frauen in der Stadt, ich könnte heute da noch was anfügen, wenn ich gewisse Inserate, muss ich schon bald sagen oder gewisse Aussagen von Politikern sehe, wo auch Frauen österreichweit in Zeitungen diskriminiert werden, obwohl es ganz klar ist, dass man nur auf Grund des Kurzzeitgedächtnisses vergessen hat, dass diese Persönlichkeiten auch Verträge haben, die man mitunterfertigt und mitgetragen hat. Der ganze Weg der Politik, den wir da momentan gehen, wird nicht nur der Politik schaden, sondern tut der Gesellschaft nicht gut, das, was ich mir wünsche, ist das, dass all das überprüft wird und da hat niemand etwas zu verbergen. Es ist durchaus legitim zu sagen, ich habe all diese Fragen, es ist legitim zu sagen, der Stadtrechnungshof möge überprüfen, liebend gerne. Die vom Herrn Gemeinderat zitierte Agentur hat persönlich den Rechtsweg beschritten, auch das wird einiges ans Tageslicht bringen, auch wenn man sich hinter seine Immunität verstecken kann. Ich glaube, dass sowohl das Unternehmen einen transparenten Weg gewählt hat, weil sonst würde das nicht alles öffentlich einsehbar sein und ich lasse das gerne überprüfen, dann sind auch diese Vorwürfe weg. Ich erwarte mir, wenn diese Vorwürfe nicht stimmen, dann auch genauso lautstark und genauso breit die

Entschuldigung dafür, was heute und in den letzten Tagen und Wochen gesagt worden ist (*Applaus ÖVP*).

Stadtrat Dipl.-Ing. Dr. Rüschi übernimmt um 18.15 Uhr den Vorsitz.